



Arbeitsgruppe Menschen mit und ohne Handicap

Jahresbericht 2013

Der Jahresbericht wurde zusammengestellt von Dieter Zimmermann; Stellv. Sprecher der Gruppe
©Texte und Bilder aus diesem Bericht dürfen nur mit Nennung der Quelle verwendet werden.

Die Arbeitsgruppe Menschen mit und ohne Handicap trifft sich immer am letzten Montag
eines Monats um 17:30 Uhr im Ratskeller.
Auskunft erteilt auch das Agenda-Büro der Stadt, Telefon 07251 79512

Die Gruppe hat sich Aufgaben und Ziele gesetzt.

Die Agenda-Gruppe sieht ihre Aufgabe darin

- sich für die Belange von Menschen mit Behinderung einzusetzen

und hat sich das Ziel gesetzt

- in möglichst vielen Lebensbereichen eine Barrierefreiheit zu erreichen und alle weiteren Themenfelder der Inklusion umzusetzen.

Was ist Agenda 21?

Bei einer Konferenz der Vereinten Nationen wurde 1992 ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert verabschiedet.

-- Die Agenda 21--

In dieser Agenda wird weltweit eine sozial gerechte und umweltverträgliche Entwicklung gefordert, damit auch nachkommenden Generationen eine lebenswerte Welt erhalten wird. Die globalen Ziele der Konferenz sollen auch auf die lokale Ebene übertragen und umgesetzt werden.

Was versteht man unter Barrierefreiheit?

Barrierefreiheit bedeutet, dass jeder Mensch problemlos Zugang zu allen Lebensbereichen hat und diese

- in der allgemein üblichen Weise,
- ohne besondere Erschwernisse,

und

- grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind.

Was bedeutet Inklusion?

Hier müssen sich Menschen mit Behinderungen nicht an die Lebensbereiche anpassen, sondern diese sind so auszustatten, dass alle gleichberechtigt dort leben können.

Bei der Inklusion muss sich also im Gegensatz zur Integration nicht der Mensch anpassen.

Zeichenerklärung für den nachfolgenden Text.

Allgemeine Informationen

sind im Text gekennzeichnet mit **(i)**

Projekt, Aktionen und Anträge

sind im Text gekennzeichnet mit **(!)**

↳ mit gutem Ergebnis

sind im Text gekennzeichnet mit **(+)**

↳ mit unbefriedigtem Ergebnis

sind im Text gekennzeichnet mit **(-)**

↳ mit warten auf ein Ergebnis

sind im Text gekennzeichnet mit **(?)**

1. (!) Im Januar 2013 wurde der Antrag für ein Wartehäuschen an der Bushaltestelle „Lebenshilfe“ gestellt. Mehrfache Erinnerungen wurden bisher leider mit unbefriedigenden Antworten abgetan! (-) Wir werden wieder an unseren Antrag erinnern und das Ergebnis abwarten. (?)
2. (!) Im Januar 2013 haben wir einen Antrag auf Ausbau bzw. Befestigung des Weges zwischen Böschung der Forster Straße und dem dortigen Kindergarten eingereicht. Der Weg war bei Nässe schlammig und mit einem Rollstuhl nicht befahrbar.
Der Antrag ist erfreulicherweise kurzfristig bereits im Mai 2013 umgesetzt worden.
(+) Siehe auch Bilder im Anhang, Seite 5.
3. (!) Im Februar 2013 beteiligte sich die Gruppe beim Bürgerempfang der Oberbürgermeisterin mit einem E-Scooter-Parcours für behinderte Menschen und einem Info-Stand. (+)
Ein prominenter Besucher am Stand war der Verkehrsminister des Landes BW, Herr Hermann.
4. (i) Mit einer 1. Besprechung am 20.02.2013 wurde mit dem ehrgeizigen Projekt des Wegweisers für Menschen mit und ohne Handicap >Barrierefrei durch Bruchsal< begonnen.
Ein Redaktionsteam mit zunächst 5 Teilnehmern wurde zusammengestellt.
Es folgten in 2013 noch weitere 7 Besprechungen und eine Begehung.
5. (i) Im März stellte Dieter Zimmermann als Sprecher des Arbeitskreises „Gesellschaft und Soziales“ die Gruppen bei einer Gemeinderatsitzung vor.
Auf die Weiterarbeit der Gruppe Menschen mit und ohne Handicap wurde besonders hingewiesen. Siehe auch Pressartikel im Anhang, Seite 5.
6. (!) Im April 2013 haben wir uns darum gekümmert, dass Menschen mit Behinderung bei Wahlen ein barrierefreies Wahllokal zugeordnet wird.
Es wurde von der Stadtverwaltung zugesagt, solches künftig zu berücksichtigen. (+)
7. (!) Im Mai 2013 wurde beim Eigentümer der Postgalerie der Antrag gestellt, die Behinderten-Toilette mit einem EURO-Schloss auszustatten und Hinweisschilder anzubringen.
Eine Zusage wurde gegeben! Mehrmalige Nachfragen blieben ohne Ergebnis und bei letztmaliger tel. Nachfrage wurde mitgeteilt, dass es derzeit Wichtigeres gäbe. (-)
8. (!) Am Samstag, den 28.9.2013 hat die Gruppe interessierte Bürger zu einer gemeinsamen Begehung in der Innenstadt eingeladen um auf das Thema Barrierefreiheit aufmerksam zu machen. Dabei wurde über den geplanten Wegweiser „Barrierefrei durch Bruchsal“ berichtet und dessen Konzept vorgestellt.
Teilgenommen haben, die Oberbürgermeisterin, ein Stadtrat, die Presse, aber leider viel zu wenig Bürger. (+) Siehe auch Pressartikel im Anhang; Seite 6 + 7.
9. (i) Auch bei Sitzungen der Ortschaftsräte aller Stadtteile haben der Gruppensprecher und Stellvertreter das Konzept des geplanten Wegweisers „Barrierefrei durch Bruchsal“ vorgestellt.
Siehe auch Presseartikel im Anhang; Seite 8.

Anhang:

Zu 2.



Weg vorher



Weg nachher

Zu 5.

Aus dem Gemeinderat 10. März 2013

Lokale Agenda 21 Bruchsal

Jedes Jahr im März stellt die Lokale Agenda 21 die Ergebnisse ihrer Arbeit dem Gemeinderat vor. Alexandra Geider, Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, stellte dabei zusammen mit Dieter Neff, Sprecher Arbeitskreis Stadtentwicklung, Umwelt und Energie sowie Dieter Zimmermann, Sprecher Arbeitskreis Gesellschaft und Soziales das Aufgabenspektrum der Lokalen Agenda sowie die Schwerpunktthemen des vergangenen Jahres vor. Die Lokale Agenda 21 verfügt über folgende Arbeitsgruppen, die jederzeit auch weiteren interessierten Akteuren für eine Mitarbeit offen stehen:

Arbeitskreis Stadtentwicklung, Umwelt und Energie

- AG Innenstadt/Fußgängerzone/Gewerbeansiedlung/ÖPNV; Sprecher Jörg Mergenthaler
- AG Flächenmanagement, Thilo Becker
- AG Netzwerk Heubühl, Dieter Neff
- AG Projektgarten Heubühl, Reinhold Klein
- AG Radfahren, Britta Brandstätter
- AG Umwelt und Energie, Dieter Neff

Arbeitskreis Gesellschaft und Soziales

- AG Forum eine Welt, Ottmar Rapp
- AG Menschen mit und hohe Handicap, Hans-Peter Haigis
- AG Senioren, Hedi Keydel
- AG Jugend – gegenwärtig kein Ansprechpartner
- AG Soziale Dienste Tauschring der Region Bruchsal, Dr. Rudolf Vogel

Umfassende Informationen zur Arbeit der Lokalen Agenda 21 gibt es im Internet unter: www.bruchsal.de. Dort steht auch der neue Flyer der Lokalen Agenda 21 zum Download zur Verfügung.

Wolfram von Müller würdigte die Arbeit der Lokalen Agenda für die CDU-Fraktion: „Die Stadt Bruchsal muss froh und dankbar sein, dass es die Lokale Agenda 21 gibt. Es ist beeindruckend, wie breit sie aufgestellt sind. Schön wäre es, wenn sich eine Möglichkeit finden würde, Jugendliche zur Mitarbeit zu motivieren.“

Für die SPD-Fraktion sagte Ernst-Friedrich Schäfer: „Vielen Dank für ihre gute Arbeit und für ihre Nachhaltigkeit – damit meine ich, dass sie nun schon über 10 Jahre am Ball geblieben sind. Wir freuen uns auf

eine Einladung in den Projektgarten Heubühl – ein großartiges Projekt, das der Gemeinderat einmal gesehen haben sollte. Wir bedauern, dass sich die Arbeitsgruppe Innenstadt gegen das Projekt Schlosspromenade ausspricht und die Chancen nicht wahrnimmt.“

Für die Freien Wähler formulierte Roland Foos den Dank und Anerkennung seiner Fraktion: „Bitte machen sie weiter so.“

Für die FDP-Fraktion schloss sich Lucia Biedermann dem Dank ihrer Gemeinderatskollegen an: „Es braucht Menschen wie sie, die mit offenen Augen durch die Stadt gehen. Machen Sie weiter, auch wenn die Erfolg oft nur klein und die Enttäuschungen oft groß sind. Hier geht es Ihnen nicht besser wie einer kleinen Fraktion, wie die FDP es ist, im Gemeinderat.“

Für die Fraktion Grüne/Neue Köpfe bedankte sich Ruth Birkle bei den Agendamitgliedern.

12 Nummer 39 | Donnerstag, 26. September 2013 Amtsblatt BRUCHSAL

Neues Projekt der Arbeitsgruppe „Menschen mit und ohne Handicap“

Broschüre „Barrierefrei durch Bruchsal“ – hilfreiches Nachschlagewerk

Bruchsal (pa) | Am Samstag, 28. September stellt die Arbeitsgruppe „Menschen mit und ohne Handicap“ ihr neues Projekt „Barrierefrei durch Bruchsal – Wegweiser für Menschen mit und ohne Handicap“ vor. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich dazu eingeladen. Treffpunkt ist um 10 Uhr, am Otto-Oppenheimer-Platz.

Nach einer Vorstellung des Inhaltes der geplanten Broschüre wird im Rahmen einer kurzen Begehung bis zum Marktplatz beispielhaft aufgezeigt, welche Kriterien für die Darstellungen in der Broschüre vorgesehen sind. Für dieses Projekt müssen nun in Bruchsal und in den Ortsteilen rund 750 erfasste Geschäfte, Arztpraxen, Restaurants, Cafés, Ämter, Schulen, kirchlichen Einrichtungen und so weiter besucht werden. Auf dem Prüfstand steht dabei die barrierefreie Erreichbarkeit und Ausrüstung der verschiedenen Objekte.

Ein besonderes Augenmerk wird den Menschen gewidmet werden, die auf den Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind, weil für diese Personen die Teilhabe in allen Lebensbereichen besonders wichtig ist.

Die Broschüre wird sicher für Menschen mit Behinderung und Senioren ein hilfreiches Nachschlagewerk sein, wenn sie in Bruchsal unterwegs sind oder etwas unternehmen möchten.

■ Bei Fragen wenden Sie sich bitte an den Gruppensprecher, Hans-Peter Haigis per E-Mail: hans-peter.haigis@gmx.de oder unter Telefon: (0 72 55) 72 13 42. Gel

Für Menschen mit Handicap ist es nicht immer einfach am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Der neue Wegweiser soll aufzeigen, wo Barrieren bestehen.

Foto: Stadt Bruchsal



Ziel ist die Verbesserung der Mobilität

Bruchsaler Agendagruppe will Wegweiser erarbeiten für Menschen mit und ohne Handicap

Von unserem Mitarbeiter
Martin Stock

Bruchsal. „Wir sind nicht behindert“, sagt Bernd Lauber, der im Rollstuhl unterwegs und sehr mobil ist. „Wir werden behindert.“ Behindert werden wovon und wodurch? – Das festzustellen und zu dokumentieren hat sich die Agendagruppe „Menschen mit und ohne Handicap“ auf den Weg gemacht. Am Samstag stellte sie ihr neues Projekt der Presse vor. Die Gruppe will einen Wegweiser für Bruchsal erstellen – für die Kernstadt und die Stadtteile – welche Geschäfte man barrierefrei betreten, befahren und nutzen kann, welche öffentlichen Einrichtungen und Ämter, Gaststätten, Restaurants und Cafés, Praxen und Kanzleien, Schulen, Kirchen und Gemeindehäuser, Kino und Theater.

„Es geht uns nicht darum, Objekte an den Pranger zu stellen“, sagt Dieter Zimmermann, stellvertretender Sprecher der Agendagruppe und federführend für das neue Projekt, „sondern wir wollen eine Übersicht erarbeiten als Hilfestellung für Menschen mit Handicap.“ Rund 750 Objekte wollen die Mitglieder der Gruppe aufsuchen und erfassen. „Auf dem Prüfstand steht dabei die barrierefreie Erreichbarkeit“, sagt Zimmermann. „Wir schauen uns die Objekte aus der Sicht von Rollstuhlfahrern an, von Rollatornutzern, von Blinden, aber auch von Eltern mit Kinderwagen.“ Barrierefrei heißt dabei, dass alle Bereiche des öffentlichen Lebens für alle Menschen zugänglich und nutzbar sind in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe.

Die Mitglieder der Agendagruppe bewerten nach einem Notensystem, das für die Broschüre in eine Ampel umgesetzt wird. Grün heißt, selbstständiger Zugang möglich; Gelb: Selbstständiger Zugang gerade noch möglich und Rot: Selbstständiger Zugang nicht oder nur mit Hilfe möglich. Neben der Ampel soll es 14 Piktogramme geben, die Merkmale der Objekte beschreiben. Weiterhin soll der Wegweiser auch allgemeine Informationen enthalten zum Schwerbehindertenausweis und zu den Mobilitätsmöglichkeiten in Bruchsal. Die Agendagruppe unternahm an diesem Samstagvormittag in Begleitung von Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick und Stadtrat Matthias Holoch nur einen kleinen Gang vom Otto-Oppenheimer-Platz zum Rathaus und konnte bereits auf diesem kurzen Stück auf viele Hindernisse hinweisen, wie Stufen, zu steile Rampen oder Absätze, die für Rollstuhlfahrer nur schwer zu überwinden seien, sagte Zimmermann.

Bernd Lauber und Lothar Holzer waren als Rollstuhlfahrer dabei und konnten gleich die Probe aufs Exempel machen. „Es ist wichtig, dass wir beginnen unsere Umwelt auch aus dem Blickwinkel von Menschen mit Handicap zu sehen“, sagte Zimmermann. „Dann erst erkennen wir die vielen Hindernisse, die wir oft übersehen.“ Im Gespräch um die

Agendagruppe „für die immense Arbeit, die Sie sich da vorgenommen haben und für das Herzblut, das Sie in dieses Projekt stecken.“

Die Agendagruppe ist dankbar für alle Hinweise, die diesen Wegweiser betreffen. Infos per Mail an das Agendabüro (agendabüro@bruchsal.de) oder per Telefon (0 72 511 7 93 73.



BEIM GANG durch die Fußgängerzone kamen die Agendamitglieder, hier Bernd Lauber im Rollstuhl, auch mit Passanten ins Gespräch.

Foto: art



Absolutes „no go“, findet Bernd Lauber.

FOTO: MASKE

Barrierefrei durch Bruchsal

Eine Begehung mit Menschen mit und ohne Handicap

VON SUSANNE MASKE

Bruchsal. Am Samstag hatte die lokale Agenda 21-Gruppe „Menschen mit und ohne Handicap“ zu einer gemeinsamen Begehung in der Bruchsaler Innenstadt eingeladen. In Planung ist eine Broschüre, in der rund 750 Geschäfte, Arztpraxen, Gastronomiebetriebe und öffentliche Einrichtungen in einem Ampelsystem in ihrer Barrierefreiheit beurteilt werden sollen.

Gemäß dem Behindertengleichstellungsgesetz bedeutet Barrierefreiheit, „dass jeder Mensch problemlos Zugang zu allen Lebensbereichen hat und diese in der üblichen Weise ohne besondere Erschwernisse und grundsätzlich ohne fremde Hilfe nutzbar sind“, zitierte Dieter Zimmer-

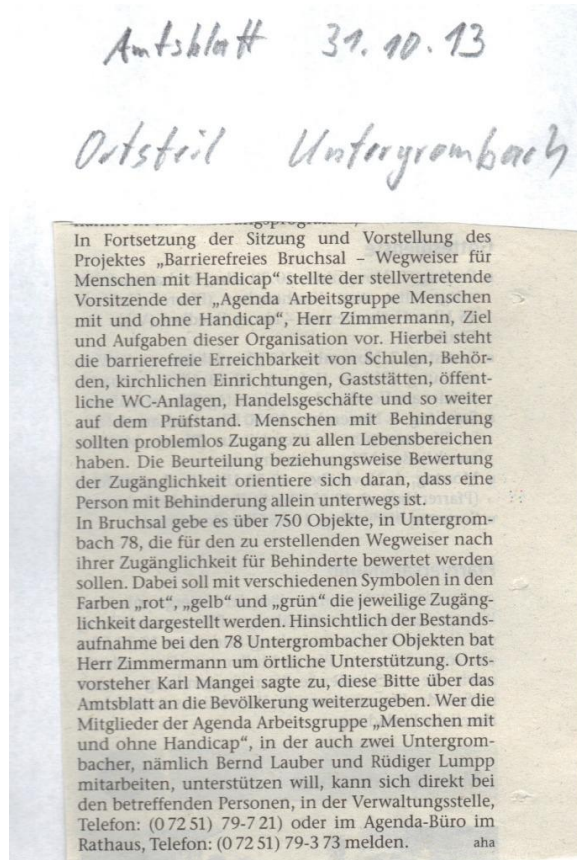
mann, der stellvertretende Sprecher der Gruppe, aus dem Gesetzestext.

Dass Bruchsal im Bereich der Fußgängerzone bezüglich der Barrierefreiheit noch Nachholbedarf hat, zeigte sich bei der Begehung, zu der Stadtrat Matthias Holoch und Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold Schick gestoßen waren. Bernd Lauber und Lothar Holzer, aufgrund ihrer Schwerbehinderung beide Rollstuhlfahrer, zeigten an einigen Geschäften und öffentlichen Gebäuden, wie wenig barrierefrei die Bruchsaler Innenstadt ist. Und das betrifft nicht nur die Rollstuhlfahrer, sondern auch die zahlreichen alten Menschen, die mit Gehhilfen unterwegs sind. Bereits das erste Gebäude am Otto-Oppenheimer Platz, das Rathaus, besitzt zwar eine Rampe. „Wegen der Steigung und der Länge der zurückzulegenden

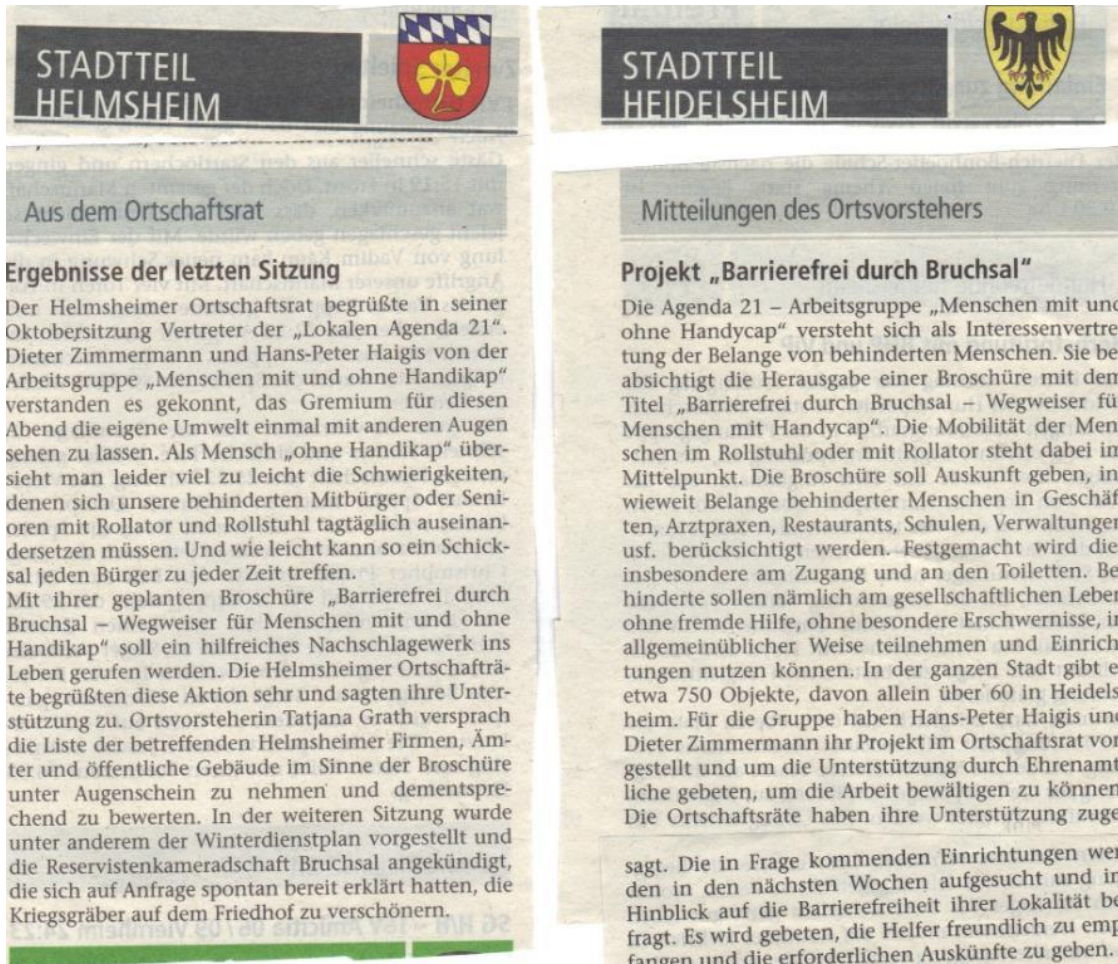
Strecke, ist die Auffahrt jedoch sehr anstrengend“, berichtet Bernd Lauber. Das Juweliergeschäft, die nächste Station der Begehung, verfügt sogar über eine Rampe. „Das Geschäft hat es gut gemeint“, bescheinigt Dieter Zimmermann. Netzwerkkoordinator Dieter Neff zückt seine Wasserwaage: das Gefälle beträgt 14,7 Prozent. Richtig wären sechs Prozent. Beim Café Bürk gegenüber verstellen Tafeln die eh schon schmale Eingangstür. Die Türschwelle dürfte auch für Menschen mit Rollator nicht einfach zu überwinden sein. Aber immerhin gibt es auch gute Lösungen, so wie der Ratskeller sie gewählt hat: die Treppe verfügt über eine leicht aufklappbare Rampe. Optimal wäre eine Klingel, mit der ein Rollstuhlfahrer auf sich aufmerksam machen kann. Kritisch fällt die Beurteilung der Gruppe dann beim

Haupteingang am Rathaus aus. Rollstuhlfahrer werden an den Seiteneingang verwiesen – dabei wurde das Rathaus gerade mit großem Aufwand umgebaut. „Wir haben auf der Seite einen ebenerdig perfekten Zugang“, so Cornelia Petzold Schick. Bernd Lauber versucht sich Zugang zum Rathausinnern zu verschaffen: „Schwierig, sagt er – Schulnote vier!“ Die zusammengetragenen Ergebnisse sollen bis Ende des nächsten Jahres in einer Broschüre veröffentlicht werden. Die Gruppe möchte Firmen, die etwas für die Barrierefreiheit tun möchten, beratend unterstützen. Die Arbeitsgruppe trifft sich am letzten Montag im Monat um 17.30 Uhr im Hotel Restaurant Ratskeller in Bruchsal. Alle Bürger, die sich über den geplanten Wegweiser informieren und mit-helfen wollen, sind dazu eingeladen.

Zu 9.



Amtsblatt 07.11.2013



Zu 10.

Eklat um „Barcelona“

Von unserem Redaktionsmitglied
Daniel Streib

Bruchsal. Eklat zum Beginn der jüngsten Gemeinderatssitzung in Bruchsal: Die neue FDP-Fraktionsvorsitzende Lucia Biedermann beantragte die Absetzung des Punktes „Beitritt zur Erklärung von Barcelona“. Konkret sollte damit förmlich die Präambel der 1995 verfassten Erklärung unterstützt werden, mit der sich Kommunen verpflichten können, Menschen mit Behinderungen besonders zu unterstützen. Für FDP-Sprecherin Biedermann macht eine solche Solidaritätserklärung keinen Sinn, „weil sie weder die Behinderten noch die Stadt in ihrem Umgang mit behinderten Menschen weiterbringt“, wie sie in einer emotionalen Stellungnahme erklärte. Das Thema war schon im Vorfeld im kontrovers diskutiert worden. Auch Grüne/Neue Köpfe, Freie Wähler und Teile von SPD und CDU hatten offenbar bereits Bedenken an derlei „Symbolpolitik“ geäußert. Das schlug sich in der Abstimmung nieder: Mit 14 zu 13 Stimmen, bei einer Enthaltung, wurde Biedermanns Absetzungsantrag angenommen. Für SPD-Stadtrat Karl Mängele war die Absetzung „kein demokratisches Verhalten“. Er bedauerte sehr, dass man Biedermanns „Tirade“ nun

Menschen mit Handicap fühlen sich diskriminiert

nicht im Rahmen eines regulären Tagesordnungspunktes „widerlegen“ könne. Heftige Kritik übte auch Dieter Zimmermann vom Arbeitskreis Gesellschaft und Soziales der lokalen Agenda 21. Gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen hatte er die Auseinandersetzung im Ratssaal verfolgt. Die Agenda hatte den „Barcelona“-Beitritt schon vor einem Jahr vorgeschlagen. Zimmermann: „Die Betroffenen fühlen sich durch diese Entscheidung diskriminiert.“ Einer Stadt, die ziemlich wenig für Menschen mit Handicap mache, hätte auch ein symbolischer Beschluss gut zu Gesicht gestanden, so Zimmermann.

Zudem hätten die Betroffenen damit endlich einen Ansprechpartner im Rathaus gehabt. Mit der Solidaritätserklärung sollte nämlich auch ein Anlaufstelle für Behinderte geschaffen werden, die mit fünf Wochenstunden angesetzt war.

Für Lucia Biedermann ist auch dies ein falsches Signal: „Menschen mit Behinderungen an eine gesonderte Stelle zu schicken wäre Ausgrenzung.“ Auf BNN-Anfrage bedauerte die Stadträtin, die selbst ein Familienmitglied mit Handicap hat, dass es im Beisein von Betroffenen zu der offenen Konfrontation kam. „Wir hatten allerdings die Oberbürgermeisterin im Vorfeld gebeten, den Punkt nicht auf die Tagesordnung zu setzen.“

Eines hat der „Barcelona“-Eklat allerdings erreicht: Eine echte Debatte über die schwierige Thematik scheint damit angestoßen. Dieter Zimmermann: „Wir begreifen das als Chance.“

← BNN 24.10.13

BNN 25.10.13

„Barcelona“: Zwei Räte enthielten sich

Bruchsal (str). Beim Absetzungsantrag der FDP zum Tagesordnungspunkt „Beitritt zur Erklärung von Barcelona“ im Bruchsaler Gemeinderat gab es nicht wie gestern an dieser Stelle gemeldet eine Enthaltung, sondern zwei – von Raimund Glastetter und Jürgen Schmitt. Wie berichtet, war der umstrittene Tagesordnungspunkt auf Initiative der FDP mit 14 zu 13 Stimmen abgesetzt worden. Im BNN-Bericht hieß es, offenbar hätten im Vorfeld unter anderem auch Teile der SPD Bedenken geäußert. SPD-Fraktionsvorsitzender Ernst-Friedrich Schäfer teilte hierzu gestern mit: „Die SPD-Fraktion hatte im Vorfeld der Verwaltung die Zustimmung zur Barcelona-Erklärung signalisiert, nachdem sich alle Fraktionsmitglieder am Vorabend dafür ausgesprochen hatten.“

BNN 22.10.13

Haushalt wird vorgestellt

Bruchsal (BNN). Mit der Präsentation des Haushaltsentwurfs für 2014 beginnt die Sitzung des Bruchsaler Gemeinderats am heutigen Dienstag, um 17 Uhr im Bürgerzentrum.

Es geht dabei auch um den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung sowie die vereinigten Stiftungen der Stadt. In der Folge beschäftigt sich der Gemeinderat mit der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen, ein weiterer Tagesordnungspunkt betrifft die Schulentwicklung in der Stadt, wobei es speziell um die Zukunft der Werkrealschulen in Heildelshaus und Obergrombach gehen wird.

Beim „Beitritt zur Erklärung von Barcelona“ geht es darum, Leitziele anzuerkennen, um als Stadt Solidarität und Handlungswillen für eine gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen zu demonstrieren.

Den entsprechenden Antrag hat die Agendagruppe „Menschen mit und ohne Handicap“ vor rund einem Jahr bereits gestellt.

An Bebauungsplänen wird es heute um die erneute Auslegung von „Zwischen Werner-von-Siemens-Straße und Hambrückener Weg“ gehen, außerdem um die Veränderungssperre in „Bahnhof Südwest, Innenlage“, sowie das Verfahren „Einzelhandel Staffort“.

Auf dem Sitzungsplan ist außerdem die Sanierung „Oberdorf Untergrombach“.

Aus Bruchsal.org

Bruchsal und Barcelona

Betrachtungen zur Nicht-Debatte über die Erklärung „Die Stadt und die Behinderten“ .
Dienstag, 22. Oktober 2013 - 20:04

Nun also, mit einem Jahr Vorlauf, hat sich der Gemeinderat Bruchsal mit der Erklärung von Barcelona *befasst. Oder konkreter gesagt mit der Präambel der Erklärung „Die Stadt und die Behinderten“* .

So hätte der Beitrag eigentlich beginnen sollen, doch nun wurde der Tagesordnungspunkt einfach gestrichen. Zum wiederholten mal wurden die Behindertenrechte in Bruchsal verdrängt. Es scheint nicht wichtig genug.

Namhafte Gemeinden wie Köln, Berlin, Frankfurt/Main und sogar Karlsruhe haben diese Erklärung bereits verabschiedet. In Coburg rechnen es sich die dortigen Grünen als Verdienst an, den Antrag dort eingebracht zu haben.

Und was geschieht in der Kraichgaumetropole Bruchsal? Offensichtlich ein breites Desinteresse. Die Folgen sind fatal.

Nichts Anderes ist passiert, als allen gehandicapten Menschen in Bruchsal zu signalisieren: „Ihr seid uns egal“. Man muss meiner Meinung wirklich so zynisch sein und die Absetzung so interpretieren, denn andersrum, wäre heute debattiert und zugestimmt worden, wäre es ein deutliches Signal gewesen, dass diese gar nicht so kleine Menschengruppe ernst genommen worden wäre.

Es ist peinlich, durch die heutige Entscheidung wurde eine Zweiklassengesellschaft weiter untermauert, statt Hürden abzubauen. In unserem Jahrhundert eigentlich undenkbar. Und ist doch geschehen.

Ich frage mich, an was die Entscheidungsträger in Amt und Rat eigentlich denken. Ist das alles weit weg, betrifft einen nicht persönlich und wird es nie? Steht dahinter die Weigerung sich mit dem letztlich doch unausweichlichen Thema auseinanderzusetzen? Denn: Treffen kann es JEDEN: Ein Unfall, das Alter, eine unerwartete Krankheit, jeder, der nicht per Geburt bereits ein Handicap hat, kann es trotzdem später bekommen. Und natürlich trotzdem das Recht uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Dass dieses Recht mühsam erkämpft werden muss, die Stimme der Betroffenen und ihrer Unterstützer faktisch ungehört bleibt, das ist der eigentliche Fehler der Vorgänge in Bruchsal.

Abseits der Hochglanzprojekte der Stadt gibt es Themen, die Menschlichkeit erfordern. Bei denen es auch nicht um Geldsparen auf Teufel komm rausgehen darf. Bei denen einfach die Nächstenliebe (kein Mitleid) unabänderbar das höchste Gut sein muss.

Die Chance, dieses wichtige Symbol zu setzen, ist noch da. Es bleibt zu hoffen, dass sie nicht leichtfertig vertan wird, sondern sehr bald genutzt wird.

Anhand untenstehendem Auszug aus der Erklärung von Barcelona „Die Stadt und die Behinderten“ kann sich jeder selbst ein Bild machen, worum es geht.

Es schreibt:

Ein wahlberechtigter Bürger aus Bruchsal, ohne Handicap, ohne Altersbeschwerden, aber mit einer Meinung.

Folglich erklären sie:

Präambel

dass die Behinderten natürliche Mitglieder der Gemeinschaften sind, in denen sie leben, und dass ihre besondere Situation in den unterschiedlichen internationalen Abkommen berücksichtigt wird, besonders in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, in der Konvention über die Rechte des Kindes, der Erklärung über die Rechte von Behinderten und der Erklärung über die Rechte von geistig Behinderten.

Dass die Menschen mit Behinderungen ein Anrecht auf technische und soziale Beihilfen haben, durch die die Folgen ihrer Behinderung weitgehend eingedämmt werden können, und ein Anrecht darauf haben, dass die Politik und die Politiker sich für die Gleichbehandlung Behinderter einsetzen, die als Recht in der Resolution 48/96 vom 4. März 1994 der Generalversammlung der Vereinten Nationen über "Einheitliche Normen zur Gleichbehandlung Behinderter" festgeschrieben ist.

Dass die Behinderten ein Recht auf Gleichbehandlung als Bürgerinnen und Bürger haben in einer pluralistischen Gesellschaft, die die Verschiedenheit und Unterschiedlichkeit der Individuen, aus denen sie sich zusammensetzt, respektiert, ein Recht darauf, an der sozialen Dynamik der Gemeinschaft ohne Einschränkung teilzuhaben, sowie darauf, sich an dem Wohlstand zu erfreuen, den die Entwicklung dieser Gemeinschaft hervorgebracht hat.

#####

Die heutige Haushaltsrede der Oberbürgermeisterin sollte in dieser Frage Klarheit schaffen...
Dienstag, 22. Oktober 2013 - 23:19

Sie wurde mit einem Paukenschlag der FDP Fraktion eröffnet, die durch Vortrag ihrer Gemeinderätin Biedermann eine Absetzung des Tagesordnungspunktes 3 der Sitzungsagenda forderte. Bei diesem TOP,

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat beschließt – nach Vorberatung im Verwaltungs- und Finanzausschuss:

1. Die Stadt Bruchsal erklärt sich solidarisch mit dem Wortlaut der Präambel zur

„Erklärung von Barcelona – „Die Stadt und die Behinderten“ und

2. richtet eine Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung ein.

ging es um den [Beitritt zur "Erklärung von Barcelona"](#). Die FDP ist der Ansicht, ein solcher sei überflüssig. Über die Beweggründe der FDP kann man sicherlich diskutieren, dennoch war das Vorgehen äußerst unsensibel, denn genau wegen dieses Tagesordnungspunktes befanden sich zahlreiche Mitglieder der betroffenen Agendagruppe, sowie behinderte Mitbürger und deren Betreuer im Auditorium. In der durch die OB im Schnellverfahren durchgeführten Abstimmung sprach sich eine knappe Mehrheit von Mitgliedern des Gemeinderates für den Absetzungsantrag der FDP aus, so dass die OB diesen von der Tagesordnung nehmen musste. Die Gemeinderäte Rosemarie Majewski und insbesondere Herr Mangei machten ihrem Unmut über dieses Vorgehen unmittelbar nach der Abstimmung Luft, es war allerdings zu spät.

Dann sehen zu müssen, wie die Betroffenen den Saal - zum Teil im Rollstuhl - verließen, war ein äußerst betroffen machender Anblick...

Jetzt erst recht!

Behinderten-Sprecher finden das Verhalten unwürdig

Der Gemeinderat der Stadt Bruchsal hat einen Antrag der Arbeitsgruppe Menschen mit und ohne Handicap unvermittelt und im Beisein der Betroffenen von der Tagesordnung abgesetzt. Bei dem Antrag handelt es sich um eine freiwillige Selbstverpflichtung der Stadt, sich dafür einzusetzen, dass Menschen mit Behinderungen grundsätzlich in allen Lebensbereichen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das Vertragswerk nennt sich „Erklärung von Barcelona: Die Stadt und die Behinderten“. Wochenblatt-Mitarbeiterin Susanne Maske sprach mit Dieter Zimmermann, Sprecher des Arbeitskreises Gesellschaft und Soziales der lokalen Agenda 21, und Hans-Peter Haigis, Sprecher der Arbeitsgruppe Menschen mit und ohne Handicap.

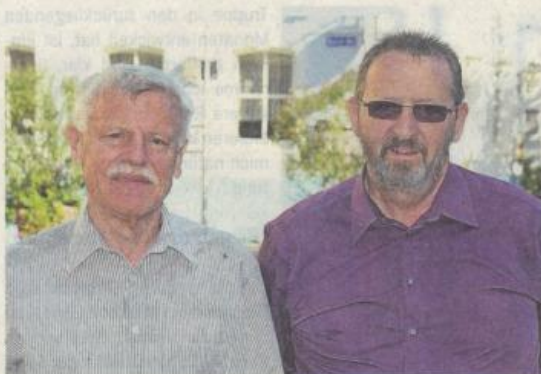
??? : Was ist die Erklärung von Barcelona: Die Stadt und die Behinderten?

Dieter Zimmermann: Die Erklärung wurde 1995 anlässlich eines Europäischen Kongresses in Barcelona verabschiedet. Sie enthält gesellschaftliche Leitlinien, die dazu führen sollten, mehr Barrierefreiheit und Beteiligung behinderter Menschen in den Städten zu erreichen. Eine Art Selbstverpflichtung. Dabei haben wir uns ausdrücklich auf die Anerkennung der Präambel dieses Vertragswerkes beschränkt, damit sich keine Ansprüche von Betroffenen gegenüber der Stadt ableiten lassen. Es geht um eine Veränderung der Geisteshaltung gegenüber Menschen mit Behinderungen, dass auch sie selbstbestimmt leben und mit Respekt behandelt werden wollen.

??? : Warum hat ihre Gruppe diesen Antrag eingereicht?

Zimmermann: Bruchsal ist ein weißer Fleck in Sachen Barrierefreiheit. Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung und deren Teilhabe am öffentlichen Leben ist leider immer noch nicht ausreichend im Bewusstsein der Bürger, aber auch bei den Behörden verankert.

Hans-Peter Haigis: Wir fordern seit Bestehen der Gruppe, dass das Städtische Bauamt vor einer Sanierung oder einem Neubau, besonders in öffentlichen Gebäuden oder bei Verkehrswegen, mit der AG kooperiert. Ich selbst bin seit 30 Jahren in der Schwer-



(v. l.) Dieter Zimmermann, Sprecher des Arbeitskreises Gesellschaft und Soziales der lokalen Agenda 21, und Hans-Peter Haigis, Sprecher der Arbeitsgruppe Menschen mit und ohne Handicap, setzen sich für mehr Barrierefreiheit in Bruchsal ein.

FOTO: MASKE

behindertentätigkeit - wir in der AG verfügen über eine große Expertise. Dadurch könnte es gelingen, dass Menschen mit Behinderung uneingeschränkter Zugang zu den Gebäuden haben oder Bordsteine abgesenkt werden, was auch für Mütter mit Kinderwagen hilfreich ist.

Eine Begehung der Innenstadt hat kürzlich gezeigt, dass Rollstuhlfahrer nur über den Seiteneingang, plus Klingelhilfe, in das neu umgebaute Rathaus gelangen und in vielen Geschäften oder Restaurants ein Zugang schlicht unmöglich ist. Ein weiteres Beispiel ist die Bushaltestelle Lebenshilfe: hier gibt es keinen Wetterschutz, obwohl dort viele Menschen mit Behinderung ein- und aussteigen, die teilweise nicht in der Lage sind, einen Schirm zu halten. Diese täglichen Hindernisse, die oft damit verbunden sind, dass behinderte Menschen im Alltag auf die Hilfe anderer angewiesen sind, gilt es zu beseitigen. Die Situation in Bruchsal ist in den Augen der AG-Mitglieder ein Missstand, der dazu führt, dass sich behinderte Menschen nicht gleichwertig be-

hindertentätigkeit aber offensichtlich nicht. Nach mehreren Gesprächen erhielten wir eine Zusage für eine Vorlage beim Gemeinderat. Ende September 2013 wurde unser Anliegen im Verwaltungs- und Finanzausschuss kontrovers diskutiert. Am 1. Oktober sollte im Gemeinderat abgestimmt werden. Der Antrag kam aber nicht auf die Tagesordnung. Die ganze Geschichte war, als ob man mit uns Ping-Pong spielt.

??? : Danach ging das Ganze noch einmal in den Verwaltungs- und Finanzausschuss?

Haigis: Zum zweiten Termin wurden wir aber schon nicht mehr eingeladen. Die Stadt Bruchsal ergänzte unseren Antrag um die Bestellung eines Schwerbehindertenbeauftragten. Wir begrüßen zwar eine solche Stelle, baten allerdings, dass darüber getrennt abgestimmt wird.

??? : Hat der zweistufige Antrag Ihrer Sache gedient?

Zimmermann: Nein, ganz im Gegenteil. Die angesetzten fünf Stunden pro Woche für eine Schwerbehindertenbeauftragte verursachen Kosten. Uns war klar, dass sich dafür im Gemeinderat wohl keine Mehrheit finden würde. Verwegen ist jedoch, wenn es zutreffen sollte, dass bei den Stadträten darüber kommuniziert wurde, die Stelle sei notwendig, um für die Arbeitsgruppe Sekretariatsdienste leisten zu können.

??? : Die Spitze des Eisberges kam dann am Dienstag, 22. Oktober?

Zimmermann: Unser Antrag, der als Tagesordnungspunkt 5 angesetzt war, wurde gleich zu Beginn der Gemeinderatssitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

Hierzu hat die Fraktionsvorsitzende der FDP, Lucia Biedermann, hastig eine Stellungnahme verlesen. Die FDP-Fraktion begründete ihren Absetzungsantrag damit, die Behinderten hätten nichts von einer Solidaritätserklärung, die Präambel enthalte Selbstverständlichkeiten und ein konkreter Maßnahmenkatalog verursache Kosten, die keiner bezahlen wolle. Mit den Stimmen der FDP und der Grünen, sowie der Freien Wähler und Teilen der CDU, auf deren Seite es aber auch Enthaltungen gab, wurde der Antrag abgesetzt.

Haigis: Die AG Menschen mit und ohne Handicap war mit 17 Personen zur Gemeinderatssitzung erschienen, darunter Behinderte, die sich aus diesem Anlass auf den beschwerlichen Weg gemacht hatten, der Gemeinderatssitzung beizuwohnen und die Diskussion zu verfolgen. Diese Menschen sind seitdem emotional tief betroffen und fühlen sich nun wegen ihrer Behinderung wirklich diskriminiert.

Zimmermann: Es ist uns unerklärlich, warum man die Gruppe nicht im Vorfeld über den Absetzungsantrag informiert hat. Wir vermuten, dass man mit dem Absetzungsantrag verhindern wollte, dass das Gremium sich in Anwesenheit der Betroffenen ablehnend gegenüber dem Barcelona-Antrag äußern muss und den Unmut der Behinderten samt Presse auf sich zieht. Eine entsprechende Kommunikation im Vorfeld hätte nicht zu diesem Eklat geführt.

??? : Wie geht es nun weiter?

Zimmermann: Uns wurde mit dem Barcelona-Antrag Symbolpolitik vorgeworfen. Nun werden wir Realpolitik machen. Der Sozialverband VdK hat am 10. Oktober dieses Jahres, unabhängig von unserer Geschichte, die Kommunen zu einer Selbstver-

pflichtung bezüglich der Gleichstellung von Behinderten aufgefordert. Das bestätigt uns in unserem Tun. Außerdem sind viele Kommunen, darunter Karlsruhe, Münster, Tübingen, Mannheim, der Erklärung von Barcelona, zumindest der Präambel, längst beigetreten und sind an der Umsetzung. Denn durch den Beitritt zur Erklärung von Barcelona entstehen keine Mehrkosten, sofern bei Neu- und Umbauten von Anfang an auf barrierefreie Gestaltung geachtet wird.

Haigis: Unser Motto lautet: Jetzt erst recht!

BNN 30.10.13

Exklusion statt Inklusion in Bruchsal

Zu „Eklat um Barcelona“ vom 24. Oktober:

Jede Stadt positioniert sich auf ihre Art zum Thema Inklusion, oder besser gesagt Exklusion, denn genau darum geht es hier. Menschen mit einer Behinderung werden mit ihrem Anliegen von der Tagesordnung ausgeschlossen, nachdem sie sich vorbereitet und auf den Weg gemacht haben, um ihr Thema im Gemeinderat vorzustellen. Es ist für mich keine Frage, dass ein demokratisch gewähltes Gremium selbst entscheidet, wie es seine Themen diskutiert und beschließt, aber es ist eine Frage der Wert-

schätzung von Menschen mit Handicap, wenn man sich nicht einmal die Zeit nimmt, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und die Betroffenen für sich sprechen zu lassen. Dass es einzelne Gemeinderatsmitglieder gibt, die so denken und handeln, ist normal, dass sich dafür auch noch Mehrheiten finden, ist beschämend. Dem Gemeinderat von Bruchsal kann man allerdings auf keinen Fall vorwerfen, dass er nicht auf Minderheiten hört – schließlich wurde dieser Tagesordnungspunkt auf Antrag der FDP abgesetzt. Mehrheitsentscheidungen sind ein Prinzip unserer Demo-

kratie, Wahlen ein weiteres Prinzip, und Menschen mit Handicap sind Wähler, also auch interessant für Parteien, die auf jede Stimme angewiesen sind.

Für eine gelebte Inklusion ist letztendlich jedoch nicht der Gemeinderat ausschlaggebend, die Bürgerinnen und Bürger selbst können durch ihr Engagement und ihren respektvollen und achtsamen Umgang mit Menschen mit Handicap zeigen, dass Bruchsal allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben ermöglicht.

Volker Klett
Bruchsal

Wochenblatt 12.11.13

Das aktuelle Interview

„Keine symbolischen Akte“

Der Bruchsaler Gemeinderat hat die Präambel der Erklärung von Barcelona nicht unterzeichnet. Der Punkt war auf Betreiben der Arbeitsgruppe Menschen mit und ohne Handicap auf die Tagesordnung des Gremiums gelangt (das Wochenblatt berichtete). FDP-Stadträtin Lucia Biedermann stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt abzusetzen. Cornelia Bauer sprach mit ihr.



Lucia Biedermann

FOTO: PS

???: Welche Gründe gab es für Sie - wie auch die Mehrheit der Gemeinderäte quer durch die Fraktionen - den Antrag abzusetzen?

Lucia Biedermann: Zum einen sehen wir keinen Sinn darin, reine Selbstverständlichkeiten, die in der Präambel stehen, zu unterzeichnen. Zum anderen verweisen diese auf fragwürdige völkerrechtliche Verträge. Des Weiteren hätte diese Unterzeichnung die Betroffenen kein Stück vorangebracht. Dazu hätte man den zur Barcelonaerklärung gehörenden Maßnahmenkatalog mit unterzeichnen müssen. Dieser Maßnahmenkatalog wäre aber eventuell mit Kosten verbunden gewesen. Aber soweit ging ja nicht einmal der Antrag der AG. Für die FDP-Fraktion ist wichtig, dass real etwas passiert und keine symbolischen Akte, aus denen die Behinderten keinen Vorteil ziehen können. Dafür würden wir auch nicht die Kosten scheuen, wenn die Maßnahmen richtig durchdacht sind. Wir wollten nicht in die Diskussion gehen, weil diese unseres Erachtens unwürdig und das Ergebnis (keine Solidaritätserklärung) vermutlich dasselbe gewesen wäre.

???: Hat die Ablehnung etwas mit der Verquickung von Erklärung von Barcelona und Schwerbehindertenbeauftragte zu tun?

Biedermann: Nein, zumindest wir als FDP-Fraktion hatten gute Gründe beides abzulehnen. Durch den Schwerbehindertenbeauftragten, wie ihn die Stadt Bruchsal vorhatte, wären die Behinderten unseres Erachtens ausgegrenzt worden. Zudem hatte ihn die AG „Menschen mit und ohne Handicap“ überhaupt nicht gefordert. Wir glauben, dass die dafür vorgesehenen 6.000 Euro in Rampenbau et cetera besser investiert sind.

???: Warum war die Gruppe Behinderter, die an der Sitzung teilgenommen hat, nicht über den Antrag auf Absetzung informiert?

Biedermann: Wir als FDP-Fraktion haben unseren Antrag vorab an die Verwaltung und alle Gemeinderäte geschickt. Die Freien Wähler, die Grünen sowie vereinzelt Gemeinderäte der CDU und SPD haben diesen Antrag ebenfalls unterstützt. Dies war der OB auch bekannt. Ich habe die OB zudem in einer Email gebeten, vor der Sitzung mit den Behinderten über den Absetzungsantrag zu sprechen. Das wäre ihre Aufgabe gewesen. Leider wurde dies nicht gemacht. So eine Situation, wie sie nun in der Sitzung aufgetreten ist, wollten wir eben genau vermeiden und tut uns auch sehr leid.

???: Wie geht's jetzt weiter?

Biedermann: Wir hoffen, dass die AG ihre Arbeit in der Form fortsetzt, dass sie konkrete Maßnahmen und Verbesserungen für die Behinderten fordert. Wir werden sie dabei unterstützen.